

März 2009

## **Schild-Bürger bei Opel**

Gegen die Banken tobt der Volkszorn: Hier finden sich die Schuldigen der Krise. Und was gilt für das produzierende Gewerbe? Wer hat die Krise bei Opel angerichtet und zu verantworten? Nur die „bösen“ Amerikaner? Oder könnte es sein, daß Opel im Wettbewerb einfach nicht hinreichend erfolgreich war, weil dem Markt die falschen Autos angeboten wurden, weil Überkapazität die Kosten trieb? Opel als deutsches Unternehmen befindet sich seit Jahren in der Krise und hat es nicht vermocht, das Steuer herumzureißen. Und wer hat in der Krise gewirkt?

Richtig: das deutsche Management und seine Arbeitnehmervertreter. Der Ruhm der Mitbestimmung – dem das Unternehmen Schaeffler in der Not so schön erliegt – ist darauf gegründet, daß Arbeitnehmervertreter noch besser wissen als das Management, was gut für ein Unternehmen und seine Mitarbeiter ist.

Aber welche Sanierungskonzepte haben die Betriebsräte und die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat in der Vergangenheit für Opel entwickelt? Man denke an den schönen „Zukunftsvertrag“ vom März 2005 – diese von Arbeitnehmervertretern mitkonzipierte Zukunft von Opel hat sich als kurzatmig erwiesen.

Jetzt erhebt Armin Schild laut tönend die Stimme. Er sitzt im Aufsichtsrat der Adam Opel GmbH und trägt dort unternehmerische Verantwortung. Der Gesamtbetriebsratsvorsitzende Klaus Franz agiert seit Jahren als Co-Manager „in Augenhöhe“. Und jetzt sind beide Herren so vollkommen „unschuldig“ und so frei von Verantwortung – daß sie mit dem Finger auf andere und den Staat zeigen können? Managementfehler (der anderen) seien es gewesen; der Staat (also wieder andere) müsse es richten, damit im Wahljahr nicht zu viele Opelaner entlassen werden. Mit welchem Recht fordern Mittäter 3,3 Milliarden Euro ein?

So wird die Mitbestimmung als Schönwetterveranstaltung vorgeführt. In erfolgreichen Unternehmen und in guten Zeiten ist Mitbestimmung ein einfaches Geschäft: Man verteilt ein bißchen um und läßt sich dafür feiern. Daß Mitbestimmung auch Mitverantwortung in schlechten Zeiten bedeutet, hören manche „Räte“ aber nicht so gern. Insofern waltet rätesspezifische Amtsschizophrenie: Jene mitverantwortlichen Interessenvertreter stellen sich neben das Unternehmen und rufen mit ausgestrecktem Zeigefinger „Feuer“. Das freilich hat schon Friedhelm Farthmann den Gewerkschaften vorgehalten: daß sie beim Niedergang des deutschen Bergbaus die Schließungsentscheidungen, welche sie unternehmensintern mitgetragen haben, mit Protestaufrufen auf der Straße kritisierten – und so die Kernidee der Mitbestimmung verraten haben.

Wenn Mitbestimmung leisten soll, was die Gewerkschaften sich von ihr versprechen, dann müßten die Mitbestimmer sich in schlechten Zeiten zur eigenen Verantwortung bekennen, hart arbeiten und im Übrigen ... einfach mal den Mund halten.